

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden  
Verlagsnummer: 10841  
Kauz für Reichspost: Nr. 10011  
Schlüsselnummer: 10011  
Verleger: K. L. Wachsmann & Co.

Verlagsort: Dresden  
Verlagsnummer: 10841  
Kauz für Reichspost: Nr. 10011  
Schlüsselnummer: 10011  
Verleger: K. L. Wachsmann & Co.

Verlagsort: Dresden  
Verlagsnummer: 10841  
Kauz für Reichspost: Nr. 10011  
Schlüsselnummer: 10011  
Verleger: K. L. Wachsmann & Co.

## Eine Statistik der politischen Mordfälle

72 Tote, 497 Schwerverletzte in sieben Wochen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 5. Aug. Der mit der Führung der Geschäfte des preussischen Innenministers beauftragte Bevollmächtigte des Reichskommissars für Preußen, Dr. Bracht, hat auf Grund der Berichte der einzelnen Regierungspräsidenten eine Statistik der politischen Mordfälle und Ausschreitungen aufgestellt, die die Zeit vom 1. Juni bis 20. Juli und sämtliche preussischen Weichselgebiete außer Berlin umfassen.

Nach dieser Aufstellung sind in der angegebenen Zeit insgesamt 72 politische Mordfälle erfolgt, die 72 Tote und 497 Schwerverletzte haben. 497 Personen wurden dabei schwer verletzt.

Auf Grund der polizeilichen Ermittlungen waren in 208 Fällen davon die Angreifer Kommunisten, in 76 Fällen Nationalsozialisten, in 21 Fällen Reichsbannerleute. In 23 Fällen konnte die Schuldfrage durch die polizeilichen Ermittlungen nicht geklärt werden.

An Hand dieser Statistik, so läßt der Reichskommissar mitteilen, könne man nunmehr feststellen, wo die eigentlichen Angreifer zu suchen seien, und wo sich ursprünglich die Quelle aller Terrorfälle und Gewalttätigkeiten befindet, nämlich bei den Kommunisten.

Es habe sich einwandfrei feststellen lassen, daß auch die letzte Terrorwelle von kommunistischen Untaten ausgeht, sei, so beispielsweise die Terrorfälle in Ostpreußen dadurch, daß einem nationalsozialistischen Zeitungshändler in der Nacht vom Sonntag zum Montag von Kommunisten die Kehle durchgeschnitten wurde.

Der Reichskommissar hat sich entschlossen, einen besonderen Kommissar zur Untersuchung der gesamten Angelegenheiten nach Ostpreußen zu entsenden.

Ebenfalls wird ein Kommissar nach Schleswig-Holstein entsandt. Ueber die dortigen Ausschreitungen in Schleswig-Holstein hat der Reichskommissar dem Reichspräsidenten einen eingehenden Bericht an das preussische Innenministerium gefandt, in dem die einzelnen Fälle — von den Mordanschlägen auf — aufgeführt werden. Der Reichspräsident sieht als Ursache dieser Ausschreitungen einerseits die Verhöhnung durch die kommunistischen Führer und Presse und andererseits die Tatsache, daß zweiwöchentlich eine Reihe jüngerer SA- und SS-Leute sich nicht in der Hand ihrer Führer befinden.

Angeichts der ständigen politischen Ausschreitungen macht der Bevollmächtigte des Reichskommissars Dr. Bracht erneut darauf aufmerksam, daß er alle Maßnahmen ergreifen wird, die geeignet sind, Leben und Sicherheit zu schützen und daß er unterschiedslos gegen alle Schuldigen rücksichtslos vorgehen wird, ganz gleich, ob sie im rechten oder linken politischen Lager stehen. Man hat in Regierungskreisen aber den Eindruck, daß in der vergangenen Nacht zunächst eine gewisse Beruhigung eingetreten sei. Von der Verantwortung der Frage, ob diese Beruhigung anhalten wird oder nicht, wird es abhängen, ob die neue Notverordnung, die jetzt fertiggestellt worden ist, in Kraft gesetzt wird oder nicht.

### Böring bei Dr. Bracht

Berlin, 5. August. Außer der am Donnerstag stattgefundenen Besprechung mit dem Reichsinnenminister v. Brüning hatte der politische Beauftragte Ostpreußen, Hauptmann Böring, auch eine Unterredung mit Dr. Bracht, die den geplanten Maßnahmen zur Bekämpfung des politischen Terrors galt. Er dürfte dabei zum Ausdruck gebracht haben, daß auch die NSDAP für rücksichtsloses Vorgehen gegen die Unruhestifter ist.

### Die Vorfälle in Königsberg aufgeklärt

Königsberg, 5. August. Der am 1. August beobachtete Mordanschlag gegen das Gewerkschaftshaus ist aufgeklärt worden. Die Akten gehen heute der Staatsanwaltschaft zu. Es sind acht Täter, die angegeben, SA-Leute vom 12. Sturm zu sein; unter ihnen befindet sich auch der Sturmführer. — Auch eine vollendete und vier verfaßte Brandstiftungen am 1. August in Königsberg-Kathhof haben ihre Aufklärung gefunden. Die Akten gehen ebenfalls der Staatsanwaltschaft zu. Festgenommen sind 13 Täter, die angegeben, ebenfalls dem Sturm 12 der SA anzugehören.

In der vergangenen Nacht wurden mehrere Straßenviertel durch die Polizei planmäßig beobachtet. Hierbei erfolgte ein Mordfall von etwa 40 Personen auf zwei Beamte in Havel. Es wurden insgesamt fünf Personen festgenommen, die sämtlich im Besitz von Waffen waren.

### Neue Mordfälle auf Nationalsozialisten

Königsberg, 5. August. In der Nacht zum Freitag wurden mehrere Straßenviertel von der Polizei planmäßig beobachtet. Hierbei erfolgte ein Mordfall von 40 Personen auf zwei Beamte in Havel. Es wurden insgesamt fünf Personen festgenommen, die sämtlich im Besitz von Waffen waren. Nach der Art der Mordfälle handelt es sich um linksradikale Elemente. — In der Nacht wurden auf die Wohnung des Ortsgruppenleiters der NSDAP in Freystadt ein Mordanschlag verübt. Ein großer Stein wurde durch das Fenster geschleudert. Als der Ortsgruppenleiter zwei Schreckschüsse abgab, flüchteten die Täter. — In der Nacht zum Freitag hatten sich in der Kommodenstraße in Elbing zahlreiche Kommunisten angeversammelt, als die beiden National-

sozialisten Kaufmann Schmidt und Kaufherr Grün vorüberfahren, wurden sie angegriffen und mit Messern niedergeworfen. Sie erlitten lebensgefährliche Verletzungen am Kopf und Rücken.

### Bombenanschlag auf die Reichsbank in Löhren

Löhren, 5. August. In der Nacht zum Freitag wurde auf die Reichsbanknebenstelle in Löhren ein Bombenanschlag verübt. An der Hausfront in der Hindenburgstraße des Reichsbankgebäudes wurde an den Pfeilern, die einen vorgebauten Balkon tragen, eine Bombe niedergelassen und zur Entzündung gebracht. Der aufsteigende Sprengkörper, der eine starke Ladung gehabt haben muß, explodierte mit lauter Detonation, die im weitem Umkreis gehört wurde. Es wurde der untere Teil des Pfeilers, an dem die Bombe niedergelassen war, beschädigt, die Scheibe zu dem großen Fenster des Raumenraumes zertrümmert und durch die Splitter an der Fassade des Raumenraums und des Balkons weitere Beschädigungen angerichtet. Wenige Augenblicke nach der Explosion eilten Publikum und Polizei herbei, die einweltausgaben, daß sie in den Jugungsstraßen keine verdächtigen Personen gesehen hätten.

### In der gleichen Nacht wurde ebenfalls ein Sprengstoffanschlag auf eine Mitglieder-versammlung der NSDAP.

In Tusch (Kreis Lud) verübt. Im Saale der Gastwirtschaft Wendisch fand eine Besprechung der NSDAP statt, an der 19 Personen teilnahmen. Um 22.15 Uhr erfolgte eine Detonation, bei der die Fenster des Saales in Trümmer gingen. Personen wurden nicht verletzt. Die Untersuchung führenden Stellen vermuten, daß es sich um dieselben Täter handelt, die den Anschlag in Löhren verübt haben.

### Kommunistische Umtriebe in München

München, 5. August. Der Polizeibericht meldet unter der Überschrift: „Kommunistische Umtriebe“ folgendes: „Die Kommunisten hatten für Donnerstagabend Demonstrationen im Westen und Osten der Stadt anberaumt. Die geplanten Aufmärsche konnten aber nicht zur Entfaltung kommen, da die Polizei vor den Demonstrationen am Platz war. Bei der Räumung der Straße im Westen mußte verschiedentlich vom Gummiknüppel Gebrauch gemacht werden. Um 22 und 24 Uhr führte die Polizeidirektion Säuberungsaktionen in Giesing durch, wobei 14 Kommunisten festgenommen wurden, die es offensichtlich auf Zusammen-

## Die nationale Hilfspolizei in Braunschweig

Braunschweig, 5. August. Wie bereits berichtet, haben die Deutschnationalen im Lande Braunschweig Minister Rigaas ihre Zustimmung zur Aufstellung einer Hilfspolizei für das Land Braunschweig unter der Voraussetzung gegeben, daß in die Hilfspolizei nicht nur SA-Leute, sondern auch Stahlhelm eingekleidet würden. Wir erfahren dazu noch, daß auch in den Stellungen der Braunschweiger Landtagstraktion der NSDAP, und der bürgerlichen Einheitsliste der Wille zum Ausdruck gekommen ist, der Staatsregierung den Auftrag zu geben, die staatliche Polizei durch eine Hilfspolizei zu verstärken. Wie wir weiter hören, hat das Staatsministerium mit dem Reichsinnenministerium in Hinblick in dieser Frage genommen. Wie betont wird, ist die Antwort auch wohl im Zusammenhang mit dem Sinne ausgefallen. Die Einrichtung der Polizei sei lediglich noch nicht erfolgt, da noch finanzielle und juristische Fragen zu klären seien. Die finanziellen Fragen betreffen die üblichen Polizeikostenzuschüsse und die juristischen Fragen die Stellung der Hilfspolizei im Staat. In aller Kürze könne jedoch mit der Aufstellung der Hilfspolizei in Braunschweig gerechnet werden. Es wird angenommen, daß vorläufig etwa 100 Hilfspolizistenbeamte eingekleidet werden.

Oderau erklärt die Tel.-Union von ausübender Stelle, daß die Meldung über die Zustimmung des Reichsinnenministeriums über die Einrichtung einer Hilfspolizei nur insoweit stimmt, daß heute nachmittags eine Besprechung des Reichsinnenministers mit dem Innenminister der Länder stattfand, die eine Hilfspolizei eingerichtet haben oder einzurichten wollen (Oldenburg, Mecklenburg und Braunschweig), und daß man sich erst bei dieser Besprechung über die Notwendigkeit und Zulässigkeit einer solchen Hilfspolizei einigten wird.

### Oldenburgs Ministerpräsident in Berlin

Oldenburg, 5. August. Wie das nationalsozialistische Organ „Freiheitskämpfer“ erfährt, hat sich der oldenburgische Ministerpräsident Koeber, auf telegraphische Einladung hin nach Berlin begeben, um dort mit dem Reichsinnenminister eine Besprechung über die Verwendung der SA als Hilfspolizisten abzuhalten. Das Blatt erfährt dazu vom Staatsministerium, daß die Hilfspolizisten nicht bei der oldenburgischen Polizei, sondern bei der Wehrmacht eingekleidet wurden und

Reihe mit Andersgestimmten abgesehen hatten. Dabei wurden Pistolen, Schlagwaffen und Dolche beschlagnahmt. Weiterhin wurde im Westend ein heimkehrender Nationalsozialist von etwa 10 Kommunisten tödlich angegriffen. Bei Einschreiten der Polizei wurde von einem der Beteiligten eine Armeepistole weggenommen. Der Beschuldigte war bisher nicht ermittelt. Im übrigen gelang es den verärgert eingeleiteten Polizeikreisen wiederholt, unberechtigt waffensführende Personen festzunehmen.

### Keine Zwischenfälle in Berlin

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 5. August. Auch in der Nacht zum Freitag ist es erfreulicherweise in der Reichshauptstadt völlig ruhig geblieben. Es kam an keiner Stelle zu politischen Ausschreitungen oder Schlägereien. Es wurden lediglich einige Personen bei der Durchsuchung eines SPD-Vorales in der Sparrstraße festgenommen, wo zwar keine Waffen gefunden wurden, aber einige Hälften den Anordnungen der Beamten nicht Folge leisteten. In Spandau in der Kolonie „Weinberge“ wurden von der Polizei 23 Angehörige der SPD festgenommen. Ein Nationalsozialist hat dort ein polizeiliches Belegbuch, weil er einen Mordfall von Kommunisten bestritt. Insgesamt wurden während der vergangenen Nacht 20 Personen zwangsgestellt, von denen sich noch 25 in Polizeihast befinden.

### Die Waffensunde beim Swidauer Reichsbanner

Swidau, 5. August. Am Donnerstag sind in Mülkau St. Jakob drei, in Pöhlitz zwei, in Crimmitschau drei, in Cunersdorf ein Reichsbannerangehöriger verhaftet worden. Bis jetzt sind 125 Pistolen und etwa 7000 Schußmunition ans Tageslicht gelangt. Die Staatsanwaltschaft führt die weitere Untersuchung, in die nunmehr 40 fahrende Verantwortlichen des Reichsbanners verwickelt sind.

### Der „Böltische Beobachter“ fordert Ständerecht

München, 5. August. Der „Böltische Beobachter“ fordert heute in einem Artikel zu den politischen Zusammenhängen Ständerecht gegen die „roten Mordborden“ und Rotwehrecht für die SA. Die verantwortlichen Urheber des Volkszorns, heißt es, gegen die politischen Urheber der roten Mordtaten sollten den zur Zeit verantwortlichen Trägern der Staatsgewalt klar zum Bewußtsein gebracht haben, daß man nicht „parteilicher“ Behandlung in Ausnahmefällen nicht mehr durchkommt. Es müsse einmal festgestellt werden, daß es ein Unterschied sei, ob sich „Waffen in den Händen von Nationalsozialisten oder in den Händen marxistischer Verbrecher“ befänden. Es komme auf die Wesenheit und nicht auf den Tatbestand an. Angesichts des Verlangens einer schon rein zahlenmäßig nicht ausreichenden Polizei müsse die Bewaffnung der anständigen Elemente verlangt werden. Allein im letzten Monat, so heißt es dann, hätte die NSDAP 28 Tote und etwa 2000 Verletzte zu beklagen.

### Oberpräsident Siehr in den Ruhestand verlegt

Königsberg, 5. August. Beim Oberpräsidenten Siehr ist am Freitag ein Telegramm des Reichskommissars für das Land Preußen mit folgendem Wortlaut eingetroffen: „Entsprechend Ihrem Antrag hat das preussische Staatsministerium heute beschlossen, Sie zum 1. Oktober 1932 in den Ruhestand zu versetzen und bis dahin zu beurlauben.“ Gleichzeitig wurde an den Vizepräsidenten Dr. Steinhoff ein Telegramm gerichtet, daß er bis auf weiteres von seinen Geschäften beurlaubt und Wiederverwendung in Aussicht genommen sei. Mit der einstweiligen Stellvertretung von Oberpräsident Dr. Siehr ist Oberregierungsrat Agricola beauftragt worden.

### Letzte Meldungen von den X. Olympischen Spielen

Seite 3